

Bundeswehr gibt Fehler zu

Falsche Befehle vor Tod eines Soldaten

BERLIN - Die Bundeswehr hat nach dem Tod eines Soldaten nach einem Fußmarsch Fehler zugegeben. Es sei festzustellen, dass „mehrfach nicht sachgerechte“ Entscheidungen getroffen beziehungsweise Maßnahmen angewandt worden seien. Aus derzeitiger Sicht seien diese aber nicht allein ursächlich „für die tragische Entwicklung“. Bundesverteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU) sagte, die Untersuchungen seien noch nicht abgeschlossen.

Bei einem Übungsmarsch im niedersächsischen Munster waren am 19. Juli insgesamt vier Offiziersanwärter kollabiert. Einer der Soldaten starb zehn Tage später in einem Krankenhaus. Nach Angaben der Bundeswehr befindet sich derzeit noch ein Soldat „in kritischem Zustand“ im Krankenhaus. Die beiden anderen Soldaten seien aus dem Krankenhaus entlassen worden. Die Bundeswehr legte am Donnerstag den vorläufigen Abschlussbericht einer Untersuchungsgruppe vor. Demnach konnten die Ursachen, die zum Tod des Offiziersanwärters und zu den schwerwiegenden Erkrankungen der drei anderen Soldaten führten, bislang nicht vollständig aufgeklärt werden. Zu den aufgezählten „nicht sachgerechten“ Entscheidungen zählen die gleichzeitige urlaubsbedingte Abwesenheit mehrerer Vorgesetzter sowie eine für den Beginn der Soldatenausbildung ungewöhnlich hohe körperliche Belastung. Zudem sei „der am Ausbildungstag getragene Anzug mit der Feldjacke über der Splitterschutzweste an Leistungsstand und Witterung nicht angepasst, jedoch durch die übergeordnete Befehlsgebung vorgegeben“ gewesen. Von der Leyen sagte der „Neuen Osnabrücker Zeitung“, die Untersuchung habe für den Kollaps der Soldaten keinen klaren Grund gefunden: Es zeichne sich „trotz einiger beanstandeter Verhaltensweisen und widriger Umstände keine klare singuläre Ursache ab, die für sich gesehen den Todesfall oder gar das tragische Gesamtgeschehen des Tages erklären könnte“. Auch die Staatsanwaltschaft führt derzeit noch eigene Ermittlungen durch. AFP

Ein Soldat ist immer noch in kritischem Zustand

BERLIN - Zahlreiche Studien weisen darauf hin, dass Kinder zu Hause genauso gut lernen können wie in der Schule. Sogar eine Ausarbeitung der Wissenschaftlichen Dienste des Bundestages kommt zu dem Schluss, dass Kinder, die daheim bleiben, sich mindestens so gut entwickeln wie normale Schüler. Ist die Schulpflicht überholt?

Der Staat sagt, um Kinder zu mündigen Bürgern zu erziehen, sei Unterricht in der Schule unerlässlich. Manche Eltern sagen, daheim könnten sich Kinder genauso gut entwickeln. Juri und Immanuel Wolf sind als Kinder solcher Eltern aufgewachsen. Die Brüder wollten nicht zur Schule, die Eltern wollten sie nicht länger dazu zwingen. Also blieben die beiden zu Hause und wurden Freilerner. Das heißt, es gab auch dort keinen Unterricht. Stattdessen spielten sie im Garten, beschäftigten sich mit Wildkräutern und Ameisen. Lesen, schreiben und rechnen lernten sie trotzdem. Immanuel erinnert sich, wie sein Großvater einmal aufhörte, ihm vorzulesen. Also versuchte er, die Buchstaben selbst zu entziffern. Irgendwann wurde der Druck der Behörden aber zu groß, und die beiden mussten zur Schule.

Heute sind sie 29 und 25 Jahre alt und glauben, dass sie auch ohne Schule zu recht gekommen wären. „Eigentlich hätte ich mir alles bis zur zehnten Klasse schenken können“, sagt Juri. „Daheim hätte ich das Gleiche gelernt, nur mit mehr Freude und Selbstbestimmung.“ Der Stoff bereitete ihnen wenig Probleme. Es war eher das Umfeld, in dem sie sich unwohl fühlten. „Ich wurde zwar geduldet, aber Freunde habe ich keine gefunden“, sagt Immanuel. Die Schule schloss er mit der Mittleren Reife ab. Juri wurde Klassenbestener und machte sein Abitur. Trotz ihrer ungewöhnlichen Erziehung sind sie keine Außenseiter geworden.

Niemand weiß genau, wie viele Kinder und Eltern in Deutschland die Schule verweigern und wie es ihnen geht. Aufgrund

SCHULE IN DEUTSCHLAND Jugendliche unter Druck – und der Wunsch nach Freiheit

Ameisen statt Algorithmen

„Homeschooling“ ist verboten – doch viele Eltern wollen ihre Kinder zu Hause unterrichten

VON DAVID WÜNSCHEL

BERLIN - Zahlreiche Studien weisen darauf hin, dass Kinder zu Hause genauso gut lernen können wie in der Schule. Sogar eine Ausarbeitung der Wissenschaftlichen Dienste des Bundestages kommt zu dem Schluss, dass Kinder, die daheim bleiben, sich mindestens so gut entwickeln wie normale Schüler. Ist die Schulpflicht überholt?

Der Staat sagt, um Kinder zu mündigen Bürgern zu erziehen, sei Unterricht in der Schule unerlässlich. Manche Eltern sagen, daheim könnten sich Kinder genauso gut entwickeln. Juri und Immanuel Wolf sind als Kinder solcher Eltern aufgewachsen. Die Brüder wollten nicht zur Schule, die Eltern wollten sie nicht länger dazu zwingen. Also blieben die beiden zu Hause und wurden Freilerner. Das heißt, es gab auch dort keinen Unterricht. Stattdessen spielten sie im Garten, beschäftigten sich mit Wildkräutern und Ameisen. Lesen, schreiben und rechnen lernten sie trotzdem. Immanuel erinnert sich, wie sein Großvater einmal aufhörte, ihm vorzulesen. Also versuchte er, die Buchstaben selbst zu entziffern. Irgendwann wurde der Druck der Behörden aber zu groß, und die beiden mussten zur Schule.

Heute sind sie 29 und 25 Jahre alt und glauben, dass sie auch ohne Schule zu recht gekommen wären. „Eigentlich hätte ich mir alles bis zur zehnten Klasse schenken können“, sagt Juri. „Daheim hätte ich das Gleiche gelernt, nur mit mehr Freude und Selbstbestimmung.“ Der Stoff bereitete ihnen wenig Probleme. Es war eher das Umfeld, in dem sie sich unwohl fühlten. „Ich wurde zwar geduldet, aber Freunde habe ich keine gefunden“, sagt Immanuel. Die Schule schloss er mit der Mittleren Reife ab. Juri wurde Klassenbestener und machte sein Abitur. Trotz ihrer ungewöhnlichen Erziehung sind sie keine Außenseiter geworden.

Niemand weiß genau, wie viele Kinder und Eltern in Deutschland die Schule verweigern und wie es ihnen geht. Aufgrund



Unter freiem Himmel: Schule nach eigenen Regeln ist für manche Kinder wie Eltern eine traumhafte Vorstellung. Die Brüder Juri und Immanuel Wolf (kleines Foto, von links) lernen für sich mehr in der Natur als im Klassenzimmer. Fotos: David Wünschel/correctiv.org (2)



der Illegalität gibt es in Deutschland keine Erhebungen, sondern nur Schätzungen. Eine Studie der Wissenschaftlichen Dienste des Bundestages spricht von 500 bis 3000 Kindern. In vielen Ländern gibt es keine Schulpflicht, sondern nur eine Bildungspflicht. Auch in Europa ist Heimbildung vielerorts erlaubt – unter der Bedingung, dass die Kinder ihr Wissen regelmäßig Tests beweisen. Die Wissenschaftlichen Dienste kommen auch zu dem Schluss, dass Kinder, die nicht zur Schule gehen, sozial genauso kompetent sind wie Schulkinder. Die Skepsis sei dennoch berechtigt. Denn bisher seien es oft streng religiöse Eltern, die ihre Kinder daheim unterrichten. Im schlimmsten Fall enthalten sie Kindern aus ideologischen Gründen das Wissen vor – wie die Evolutionstheorie oder Verhütung.

Der Rechtswissenschaftler Johannes Rux befürchtet die Entstehung von Parallelgesellschaften: „Wir können uns nicht darauf verlassen, dass Eltern ihre Kinder zu den Werten erziehen, die der Verfassung zugrunde liegen. Die Konfrontation mit Menschen mit anderem Glauben, Weltanschauungen oder Hautfarbe führt dazu, dass man sich mit dem Fremden auseinandersetzt und das Menschliche hinter dem anderen sieht.“ Ein Beispiel für Gefahren von Homeschooling ist der Fall der christlichen Sekte Zwölf Stämme. Deren Mitglieder hatten bis 2013 ihre Kinder in Absprache mit den bayerischen Behörden selbst unterrichtet – bis bekannt wurde, dass die Kinder mit Weideruten geächtigt worden waren. Der Fall wirft die Frage auf, ob Behörden nach einer Legalisierung von Homeschooling die Familien ausreichend kontrollieren könnten.

Der Autor ist Journalist des Recherchezentrums CORRECTIV, mit dem der Tagesspiegel kooperiert. Es finanziert sich über Spenden und Mitgliedsbeiträge.

<http://correctiv.org>

Jeder zweite Schüler leidet unter Stress

Mädchen laut Studie häufiger betroffen

BERLIN - Hoher Leistungsdruck, schlechte Noten oder Mobbing in den sozialen Medien: 43 Prozent der Schüler leiden nach einer neuen Studie der Krankenkasse DAK unter Stress – mit Folgen für die Gesundheit. Ein Drittel der betroffenen Jungen und Mädchen klagt demnach über Beschwerden wie Kopfschmerzen, Rückenschmerzen, Schlafprobleme und Panikattacken. Und: Der Stress nimmt mit den Schuljahren zu. Das geht aus dem Präventionsradar 2017 der DAK-Gesundheit hervor, der am Freitag in Berlin vorgestellt wurde.

Mädchen fühlen sich nach der Studie häufiger gestresst als Jungen. Jede zweite Schülerin habe sehr oft oder oft Stress. Bei den Schülern seien dies 37 Prozent. Vier von zehn Schülerinnen hätten oft Kopfschmerzen, mehr als ein Drittel schlafe schlecht. 30 Prozent klagten regelmäßig über Rückenschmerzen, ein Viertel über Bauchweh. Bei den Jungen gab es ein Viertel an, häufig Kopfschmerzen zu haben. Jeweils rund 30 Prozent der Schüler schlafen demnach schlecht oder haben Rückenschmerzen, 15 Prozent haben oft Bauchweh.

Viele Kinder und Jugendliche erleben Schule als Belastung. 40 Prozent der Schüler gaben an, zu viel für die Schule zu tun zu haben. Ein solch negativer Stress wird demnach von Schülern rechtzweifelnd als Belastung empfunden. Wie die gesundheitlichen Folgen nahelegen, wirkt er in der Regel eher langanhaltend und lässt sich nur schwer auflösen. Am ehesten durch Veränderungen im sozialen Umfeld der Schüler: Wechsel des ungeliebten Lehrers, Umdenken bei den Eltern.

Für Eltern und Lehrer gilt es also, die Symptome bei Kindern und Jugendlichen rechtzeitig zu erkennen und zu reagieren. Das heißt auch, sich selbst zu hinterfragen. Denn nach einer Studie der Universität Bielefeld aus dem Jahre 2015 sind häufig Eltern selbst, bewusst oder unbewusst, auslösender Faktor für den Stress ihrer Kinder. Etwa, wenn Kinder in der ständigen Angst leben, die Eltern etwa durch schlechte Noten zu enttäuschen. RUPPERT MAYR, DPA

Im Zweifel nicht löschen

BKA-Präsident Münch weist Kritik an der Speicherpraxis seiner Behörde zurück und lehnt eine Generalrevision der Datenbanken ab

BERLIN - Es ist eine spontane Pressekonferenz, hastig einberufen am Freitagmorgen. Bundeskriminalamtschef Holger Münch muss zu dem Schluss gekommen sein, dass er nicht länger zu den Vorwürfen gegen seine Behörde schweigen kann. „Wir speichern nicht massenhaft Daten unbescholtener Bürger“, sagt er, an einem Rednerpult im Bundesinnenministerium stehend. „Von willkürlicher Speicherung kann und darf nicht die Rede sein.“

Genau das hatten dem BKA am Tag zuvor mehrere Politiker vorgeworfen – allen voran SPD-Fraktionschef Thomas Oppermann, der von wahlloser Informationsspeicherung gesprochen hatte. CSU-Innenexperte Stephan Mayer hatte schnelle Aufklärung gefordert. Und Grü-

nen-Fraktionsvize Konstantin von Notz verlangte eine Generalrevision der Datenbanken des BKA. Ausgelöst worden war die Debatte bereits vor mehreren Wochen wegen der zu Unrecht entzogenen Akkreditierung von Journalisten beim G-20-Gipfel. Weiter befeuert wurde sie durch eine Recherche der ARD, nach der es massenhaft regelwidrig gespeicherte Einträge in den Datenbanken des BKA geben könnte. Die Fehler, die im Hinblick auf die Journalisten gemacht wurden, wären dann nur die sprichwörtliche Spitze des Eisbergs.

Doch Münch will das nicht gelten lassen. Er bedauere es zwar sehr, dass die Akkreditierungen fälschlicherweise entzogen wurden. „Aber diese Einzelfälle

werden nun zum Anlass genommen, um das gesamte System der Datenspeicherung in Zweifel zu ziehen.“ Dieses sei wichtig für die Verhütung und Verfolgung von Terrorismus und schweren Straftaten. Es gebe etwa Dateien zu Kinderpornografie, Wirtschaftskriminalität, zu Rauschgift und Waffen. Sie seien „das gemeinsame Gedächtnis der Polizei in Bund und Ländern“.

Dieses Gedächtnis reicht teilweise weit zurück. So fanden sich den ARD-Recherchen zufolge 15 Jahre alte Datensätze zu Bagatelldelikten in der Datenbank, die nicht einmal zu einer Anklage geführt hatten. Fraglich ist, ob in diesen Fällen die Fristen eingehalten wurden, an deren Ende der Eintrag daraufhin überprüft

wird, ob er in der Datenbank bleiben soll. Bei Bagatelldelikten beträgt die Speicherfrist ein Jahr; bei schweren Straftaten zehn Jahre, eine Verlängerung ist möglich. Für das Löschen ist immer die Behörde verantwortlich, die die Daten eingespeist hat. Das sind laut Münch meist die Länder.

Sofort gelöscht werden die Daten zum Strafverfahren und zum Beschuldigten, wenn ein Freispruch vor Gericht klarstellt, dass der Vorwurf unberechtigt war. Allerdings übermitteln die Staatsanwaltschaften den Polizeibehörden nicht immer das Ergebnis der Verfahren und die Begründung des Gerichts. „Das ist eine Schwachstelle, wo wir mit weiterer Automatisierung weiterkommen müssen“, erklärte Münch.



Vehement. BKA-Chef Münch weist Vorwürfe zurück. Foto: Michael Kappeler/dpa

Doch das BKA kann Daten auch dann behalten, wenn es zu einem Freispruch kam oder das Verfahren eingestellt wurde. Etwa, wenn dies aus Mangel an Beweisen geschehen ist – und es Anhaltspunkte dafür gibt, dass die Person künftig straffällig werden könnte. In den vergangenen Tagen waren aber Zweifel daran laut geworden, ob die Einzelfallüberprüfung, die für eine solche Negativprognose nötig ist, immer ordnungsgemäß stattfindet.

BKA-Präsident Münch lehnt dennoch eine Generalrevision der Datenbanken ab. Es soll ein einheitliches Verbundsystem für den Informationsaustausch der Polizei eingeführt werden – bei der Migration der Daten finde dann ohnehin eine Qualitätskontrolle statt. MARIA FIEDLER

ANZEIGE

Hauptstadtereignisse

Deutschland – Land des langen Lebens

Die Gestalter des demografischen Wandels waren in Berlin

Weltweit werden die Menschen immer älter. Deutschland ist hier neben Japan Vorreiter. Alternde Gesellschaften bleiben – trotz gegenteiliger Behauptungen – innovationsfähig. Der demografische Wandel schafft einen neuen, internationalen Markt für Lösungen und Produkte rund ums Altern. Deutschland kann sich als Wegbereiter und Impulsgeber positionieren.

Weitere Infos finden Sie unter: www.der-demografiekongress.de

© Jan Voth / Kommunikationsabteilung der Universität Heidelberg WISO S. E. Consulting GmbH / Natascha Zivadinovic



Prof. Dr. Rita Süßmuth, Bundestagspräsidentin a. D.: „Wir werden älter, bunter und weniger, leben aber auch anders als Generationen vor uns. Was zählt, sind gute Erfahrungen, neue Ideen zu Aktivitäten, nicht aufhören zu lernen und ein neues Miteinander in allen Lebensbereichen.“



Prof. Dr. Andreas Kruse, Direktor für Gerontologie, Universität Heidelberg: „Ältere Menschen werden zukünftig unsere Gesellschaft mehr und mehr prägen. Die Politik für ältere Menschen muss darauf ausgerichtet sein, ein eigenständiges und selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen sowie soziale Teilhabe zu fördern und zu sichern.“



Ulf Fink, Senator a. D., Initiator und Präsident des Demografiekongresses: „Aktuell sind nahezu 17.000 Deutsche über 100 Jahre alt – und es werden immer mehr. Ein langes Leben ist ein Menschheits Traum, den sich immer mehr Menschen erfüllen können.“



Dr. Franz Dormann, Koordinator Demografiekongress: „Die Wirtschaft stellt sich auf die Kundengruppe älterer Menschen mit neuen Produkten und Dienstleistungen ein. Deutschland, als zweitältestes Land der Welt, kann international Vorzeigeland des demografischen Wandels werden.“

Der Demografiekongress, der am 31. August und 01. September mit mehr als 800 Entscheidungen zum achten Mal in Berlin stattfand, ist das bedeutendste Forum zur Gestaltung des demografischen Wandels in Deutschland. In 28 Einzelveranstaltungen stellten 130 Referenten neue Ideen und Lösungen für eine Gesellschaft des langen Lebens vor.

DER DEMOGRAFIE KONGRESS
31. August und 1. September 2017 | BERLIN